

Bezirk Region
Süd-Ost-Nds.

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung sind unausgewogen und ungerecht.

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung sind unausgewogen und ungerecht. Sie belasten gerade die Gruppen in der Bevölkerung, die gar keine Verantwortung, weder als Verursacher noch als Auslöser, für die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Probleme der Politik tragen.

Die Mitglieder im Arbeitskreis fordern:

- Das Sparpaket braucht eine deutlich stärkere Beteiligung des Finanz- und Bankensektors!
- Das Sparpaket muss eine deutlich ausgeweitete Beteiligung der Unternehmen und Vermögenden beinhalten.
- Das Sparpaket hat auf eine Verbesserung der Steuereinnahmen hinzuwirken, z. B. Vermögens-, Luxussteuern, Finanzmarkttransaktionssteuer, Gewerbesteuer, Erbschaftssteuer.
- Das Sparpaket soll eine Verbesserung der Finanzierung der Kommunen berücksichtigen:
- Das Sparpaket ist abzulehnen. Es schafft zunehmende Armut und Ausgrenzung und führt zu einem weiteren Zerfall der Gesellschaft.

Dieses fortgesetzte politische Handeln nach der Devise "Wer hat, dem wird gegeben" wird die sozialen Spaltungen in unserer Gesellschaft vertiefen. Die

Sparmaßnahmen sind mit massiven, unververtretbaren und mit gefährlichen Langzeitwirkungen behaftet. Deshalb ist die Weigerung, die Verursacher und „Gewinner“ der Krise verstärkt zu belasten, ein Schlag ins Gesicht für das Soziale in der Marktwirtschaft.

Daher fordern die Betriebsräte im ver.di-Arbeitskreis Braunschweig mehr soziale Gerechtigkeit und ein Sparpaket das den Begriff „ausgewogen“ verdient!!!

Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, sich an den vielfältigen Aktivitäten in den Betrieben, in den Foren im Internet bei ver.di, dem DGB u. a. zu beteiligen. Wir rufen euch und unsere Arbeitgeber dazu auf, sich aktiv an den kommenden Veranstaltungen in Braunschweig gegen den Abbau sozialer Leistungen und für die gerechte Verteilung von Lasten zu beteiligen!

V. i. S. d. P. Jens Havemann, ver.di, Wilhelmstr. 5, 38100 Braunschweig, Tel. 0531/24408-0



Gesundheit, Soziale Dienste
Wohlfahrt und Kirchen

Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

